Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

St. Petersburg/Berlin/Münster, 15. Juni 2020

Offener Brief aus Russland an Merkel und Putin:

- "Uranmüllexporte von Gronau nach Russland stoppen"
- "Russland ist keine Müllkippe für Atomabfälle"
- 47 Organisationen unterstützen den Brandbrief
- Uranschiff Mikhail Dudin heute in St. Petersburg gelandet

Mittlerweile 47 russische, niederländische und deutsche Umweltorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen unterstützen einen dringenden Brief von Umweltorganisationen aus der Region St. Petersburg an den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zum sofortigen Stopp der Uranmüllexporte von der Urananreicherungsanlage Gronau/Westfalen nach Novouralsk in Russland. Heute Nacht ist in Ust-Luga bei St. Petersburg das Frachtschiff Mikhail Dudin mit weiteren 600 Tonnen abgereichertem Uran aus Gronau eingetroffen. Schon in den vergangenen Monaten gab es dazu in Russland, den Niederlanden und in Deutschland immer wieder Protestaktionen.

In dem offenen Brief heißt es unter anderem: "Diese Transporte bedrohen die Sicherheit der Bewohner der Ostsee-Region sowie der Gebiete, durch die die gefährlichen Güter transportiert werden, insbesondere aber die Bewohner der Ural- und sibirischen Regionen, in denen das abgereicherte Uranhexafluorid gelagert werden soll. Sie gehören bereits jetzt zu den stärksten strahlungsbelasteten Gebieten Russlands. In den geschlossenen Atomstädten Russlands sind bereits mehr als 1,2 Millionen Tonnen dieser hochgiftigen Materialien in Containern unter freiem Himmel angesammelt und gelagert worden. (...) Russland ist keine Müllkippe für Atomabfälle."

Auf deutscher Seite werden die russischen Umweltorganisationen – darunter die interregionale Umweltbewegung der Region Leningrad und St. Petersburg, Friends of the Earth und Ecodefense – von zahlreichen Anti-Atomkraft-Initiativen aus NRW und Niedersachsen sowie vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Nuclear Free Future Foundation unterstützt. Die Initiativen erinnern daran, dass die ersten Uranmüllexporte von Gronau nach Russland 1995 just in der Amtszeit von Angela Merkel als Bundesumweltministerin fielen.

"Die fortgesetzten Uranmüllexporte von der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau zur billigen Entsorgung in Russland stoßen auf immer breiteren Widerstand. Sowohl der Gronauer Urananreicherer Urenco wie auch dessen deutsche Anteilseigner RWE und EON sowie die politisch verantwortliche Bundesregierung weigern sich beharrlich aus Kostengründen, den in Gronau produzierten Atommüll hier in Deutschland sicher zu entsorgen. Die immer wieder vorgetragene Behauptung, es handele sich bei dem abgereicherten Uran um "Wertstoff", erweist sich angesichts der riesigen Uranmüllberge in Russland als Fake. Wir fordern den sofortigen Stopp der Uranmüllexporte von Gronau nach Russland – und damit verbunden die sofortige Stilllegung der

Urananreicherungsanlage in Gronau," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Diese Forderungen werden auch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt.

Hintergründe zu den Uranmüllexporten:

Bereits im Januar hatten die russischen Umweltorganisationen Ecodefense und Greenpeace Russland im Bundesumweltministerium in Berlin 70 000 Unterschriften gegen den Export von abgereichertem Uran aus Gronau überreicht. Am letzten Dienstag hatte sich Ecodefense in einem Appell erneut direkt an Bundesumweltministerin Svenja Schulze gewandt. Seit Oktober 2019 finden zudem zu jedem Uranmülltransport von Gronau nach Russland internationale Protestaktionen statt. Zwei Uranzüge wurden im Münsterland durch Abseilaktionen für mehrere Stunden aufgehalten.

Das abgereicherte Uran in Form von Uranhexafluorid (UF6) fährt zunächst per Bahn von Gronau über Münster und Hamm durch das Ruhrgebiet und die Niederlande zum Hafen von Amsterdam. Von dort transportiert die Mikhail Dudin die radioaktive Fracht nach St. Petersburg, danach geht es erneut per zur geschlossenen Atomstand Novouralsk bei Ekaterinburg.

Die Urananreicherungsanlage Gronau wird vom internationalen Urenco-Konzern betrieben, der zu je einem Drittel dem britischen und niederländischen Staat gehört. Das deutsche Drittel befindet sich zu gleichen Anteilen im Besitz von RWE und EON. Allein aus Gronau wird rund jedes zehnte AKW weltweit mit Uranbrennstoff für die Brennelemente versorgt.

Zwischen 1995 und 2009 gelangten bereits 27 300 t abgereichertes Uran von Gronau nach Russland. Danach wurden die Transporte aufgrund der internationalen Proteste eingestellt. Seit Wiederaufnahme der Transporte im Mai 2019 kamen rund 8 500 t hinzu. Allein für 2020 sind sechs weitere Transporte mit weiteren 3600 t geplant.

Hinweis für die Redaktionen:

Den offenen Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel finden Sie auf der Website des BUND: http://bund.net/offenerbriefuranmuell

Für weitere Fragen können Sie beim **BUND in Berlin Juliane Dickel** kontaktieren, die dort für Atom- und Energiepolitik zuständig ist: Tel. 0176-31267936

Kontakte:

Matthias Eickhoff, SOFA Münster, Tel. 0176-64699023 Udo Buchholz, AKU Gronau / BBU, Tel. 02562-23125

Weitere Infos:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de